

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Einzelpreis: vierteljährlich 6 Mark, unter Kreuzband 8 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Nichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 8
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
Für Inserate aller Art: Die sechsgealtene Rotationszelle 1 Mark,
für Todesanzeigen Zeile 70 Pfennig, für Arbeitsmarkt 80 Pfennig.

Lohnabbau oder Preisabbau?

In Nummer 28 der „Verbandszeitung“ haben wir einen Mahnruf der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an die ihr angeschlossenen Arbeitgeberverbände veröffentlicht, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen. Jetzt bringt der „Vorwärts“ das Geheimzirkular einer Arbeitgeberspitzenorganisation zur Veröffentlichung, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhüten. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole, keine Lohn-erhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Schlichtungs- und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerenschaft ist die Resolution natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Teilstreiks wird die Aus-sperzung der Arbeiterschaft eines Bezirkes an-geraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungs-aus-schüsse Lohn erhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schlichtungs- und Schlichtungsausschüssen unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisationskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Grün-den zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohn-erhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den letzten zwei Monaten erheblich gefallen sind.“

Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Arbeiter genügenden Raum zu schaffen, volle Anbahnung der 45stündigen Arbeitswoche zu bringen. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlussarbeiten außerhalb der regel-mäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisationskommissaren erteilte bereits generell die Genehmigung für diese Uebererschreitung der 45stündigen Arbeitszeit. Hingewiesen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe.

Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung gelernter und un-gelernter Arbeiter ist anzustreben. Sie ist im Jahre 1919 teilweise bis zu 30 Proz. herabgesetzt worden; so stieg z. B. in der Berliner Metallindustrie der Lohn des un-gelernten Arbeiters von 69,2 Prozent im ersten Vier-terljahr 1919 vom Lohn des gelernten Arbeiters auf 92,5 Proz. im ersten Vierteljahr 1920. Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemischen Industrien beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Ueberweisung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unerfahrenen zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.“

Das ist eine richtige Kampfesanklage an die Arbeiter, und nicht mehr bloß Verweigerung der Lohn-erhöhung wird gefordert, sondern direkt Lohnabbau unter der falschen Behauptung, daß die Ernährungs- und die gesamten Lebens-unterhaltungskosten in den letzten zwei Monaten erheblich gefallen sind.“

Bei allen in letzter Zeit geführten Lohn-erhandlungen hat auch bei uns das Thema Lohnabbau oder Preisabbau einen breiten Raum eingenommen. Die Unternehmer glauben, die Zeit sei gekommen, nicht nur keine Lohn-erhöhungen mehr zu gewähren, sondern einen Lohnabbau vornehmen zu können. Wenn Lohnkürzungen im größeren Umfange un-erblieben sind, so war dieses das Verdienst der Organisationen, die sich die Arbeiter ge-schaffen haben.

Die Umstände, die dazu geführt haben, daß im Laufe der Sommermonate der Preis für verschiedene Lebens-mittel und Bedarfsgegenstände zurückgegangen war, sind im allgemeinen bekannt. Mit der Steigerung des Marktwertes im Ausland war es möglich, vom Ausland Waren, vor allen Dingen Lebensmittel, billiger einzuführen, wie es bisher der Fall war. Aber auch die Aufspeicherung von Waren durch die Wucherer und Schieber im Inlande zu dem Zweck, bei noch besserer Konjunktur noch mehr zu ver-bieten, hat dazu beigetragen, einen gewissen Stillstand in der Aufwärtsbewegung herbeizuführen. Seit dieser Zeit

wurde von den Unternehmern das Problem des Abbaues bei Verhandlungen immer in den Vordergrund geschoben. Trotzdem sind auch während dieser Zeit Lohn-erhöhungen gewährt worden. Sie mußten gewährt werden, aus dem einfachen Grunde, weil man durch die Beschaffung der Lebensmittel, die eine Arbeiterfamilie braucht, daraus allein die Not nicht herleiten kann und darf. Wie ist es denn die Zeit her gewesen? Der Lohn, den der Arbeiter verdient, mußte zur Ernährung der Familie verwendet werden, das heißt, so weit er ausreichte. An Beschaffung von Kleidungsstücken, Haushaltungsgegenständen und dergl. war nicht zu denken. Der beste Beweis ist der, wenn man sich durch eigenen Augenschein von diesen Tatsachen über-zeugt. Diese Momente waren vielfach bei Lohn-erhöhungen in letzter Zeit ausschlaggebend. Besser ist es bisher noch nicht geworden, im Gegenteil, die Zukunft sieht grau in grau.

Durch die verkehrte Wirtschaftspolitik unserer jetzigen Regierung werden im Laufe des Herbstes und Winters in Punkt Preissteigerung noch manches erleben. Durch die Aufhebung der Zwangsbevorratung von Kartoffeln und Fleisch usw., ferner Lockerung des Auslandshandels hat sich unser Geldwert derartig verschlechtert, daß schon wieder die Steigerung eingeseht hat. Allein durch die Preistreiberien im Kartoffelhandel werden an den Geld-beutel des Arbeiters derartig hohe Anforderungen gestellt, die es ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die Löhne für diesen Winter bestehen bleiben können. Werden doch bei- spielsweise im Industriegebiet dem Arbeiter für Ein- tellerkartoffeln nicht weniger wie 40 und 45 Mk. für den Zentner abgenommen. Die Landwirtschaft und ihre Ge- lferseher, die diese unsinnigen Preise fordern, begehen das schwerste Verbrechen an der Arbeiterschaft, das sich früher oder später rächen wird. Mit den Kartoffeln ist der Anfang gemacht, andere wichtige Lebensmittel werden folgen.

Trotzdem nun von Seiten der Unternehmer immer noch daran festgehalten wird: keine Lohn-erhöhungen mehr, son- dern Lohnabbau, muß es bei den Arbeitern heißen: Er ist gebt uns billigere Lebensmittel, dann erst läßt sich über die andere Frage reden. Und wenn neuer- dings von verschiedenen Arbeitgeberverbänden wiederum ver- sucht wird, den Lohnabbau zu propagieren, so muß diesem Beginnen von Seiten der Arbeiterschaft die größte Bedeutung beigegeben werden.

Das neuerliche Geheimzirkular an die Unternehmer führt sich auf die Behörden und Schlichtungsstellen, die sich die Ansichten der Arbeitgeberverbände zu eigen gemacht hätten. Das bedeutet nichts anderes, als daß die heutige Regierung Arm in Arm mit den Unternehmern marschiert. Das sollte jedem Arbeiter zu denken geben, und vor allem denjenigen, die vielleicht in ihrem Unverständnis mit daran schuld sind, daß wir eine derartige Regierung haben. Unternehmer und Regierung wollen den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands, aber nur auf Kosten der Arbeiter. Das soll erreicht werden durch Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und anderes mehr. Dagegen gibt es nur ein Mittel: diesem Vlod des Unternehmertums den Vlod der Arbeiter entgegenzustellen, der seine Aus- wirkung in der gewerkschaftlichen Organisation findet. Wollen wir bei diesem Wettkampf zwischen Kapital und Arbeit als Sieger hervorgehen, dann muß jeder der Unserigen ein Streiter sein. Nicht damit ist es getan, wenn man seinen Beitrag bezahlt und im übrigen die Arbeit anderen überläßt. Mitarbeiten, mitraten und vor allem mitleiden.

Wenn dieses geschieht, dann werden wir mitbestimmen darüber, ob zuerst Lohnabbau oder Preisabbau.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Finanzen des Reichs. — Die Brüsseler Konferenz. — Sozialisierung des Kohlenbergbaus. — Der Naturforscher- kongress zur Lebensmittelversorgung.

S. Es geht uns schlecht! Miserabel schlecht, das sagt uns die Rechnung, die der Finanzminister Wirth uns aufmacht. Die Reichsregierung von 25,7 Milliarden Mark Schulden haben wir mittlerweile zu verzeichnen und im Etat 1920 tritt uns ein Defizit von 57,7 Milliarden Mark entgegen. Vor dem Kriege stieg unser Etat mit 2,7 Milliarden Mark in Ein- nahme und Ausgabe ab. Der ganze Jammer unserer Finanzlage tritt uns in diesen Zahlen entgegen. Nicht weniger als 25 Milliarden legt uns die Entente an Kosten auf, für 1920 allein 3½ Milliarden Mark für die Befestigung

fortlaufend haben wir die Kohlenlieferungen zu zahlen, an die Schiffahrtsgesellschaften Entschädigung zu gewähren für die abgegebenen Schiffe, die Auslandsdeutschen verlangen Bezahlung für ihr beschlagnahmtes Eigentum. Alles An- forderungen, die in viele Milliarden hineingehen und dauernd unseren Etat belasten, ohne daß auch nur ein Licht- blick vorhanden wäre, wann und wie wir diese Summe auf- bringen können. Der Finanzminister erklärt uns, daß die Steuern restlos eingezogen werden, wir warten nur, wann es geschieht und weshalb nicht mit mehr Eifer die Durchführung dieses Finanzplanes betrieben wird. Die stille Hoffnung kapitalistischer Interessentenkreise, daß die neue Regierung weniger tief in die Besitzverhältnisse ein- greifen würde, ist schon zunichte geworden, und die Ver- sprechungen, die dem aufgeregten, um seinen Besitz be- sorgten Bürger während der Wahlkampagne von der Deut- schen Volkspartei gegeben wurden, verflüchteten sich. Für die Finanzverwaltung ist ein anderer Ausweg nicht möglich.

Aber dieser Ausweg führt nicht zum Ziel. Selbst die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, die nunmehr angekündigt wird, hilft uns nur wenig. Denn geht die Sozialisierung nur vom steuerpolitischen Standpunkt aus, so wird das Ergebnis im Hinblick auf den Bedarf gering sein. Gewiß könnten wir Kohle mit hohem Nutzen an das Ausland abgeben, aber das Abkommen von Spa hindert uns daran. Die Kohlenpreise, die übrigens schon wieder unter dem Zeichen der Preiserhöhung stehen, können aus fiskalischen Rücksichten kaum weiter in die Höhe getrieben werden, wollen wir nicht die Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit nach dem Ausland behindern und im Inland die Preisentwertung aufhalten. Immerhin wird die Sozialisierung bei einer guten Verwaltung gerade im Bergbau einen günstigen Boden finden.

So erscheinen die vom Finanzministerium angekündig- ten Mittel wohl annehmbar, aber sie bringen uns nicht die Lösung der Finanzfrage. Wenig hoffnungsvoll sind auch die Aussichten für die Brüsseler Konferenz. Eine große Anleihe könnte unsere Geldentwertung heben und wir kämen heraus aus dem starken wirtschaftlichen Druck. Aber wir brauchen eine Anleihe, die uns auf längere Zeit freie Bewegung schafft. Geschieht das nicht, wird uns nur für eine kurze Zeit geholfen, so vermehren wir nur an anderer Stelle unsere Schulden und Finanzverpflichtung und sinken nachher um so tiefer in den Sumpf. Sollte es aber gar so geschehen, daß man uns behandelt wie einen faulen Schuld- ner, dem man schon vor Zahlung der ausstehenden Summe einen Beitrag für angebliche Verpflichtungen in Form von Wucherszinsen in Abzug bringt, so wäre diese Hilfe glatt abzulehnen.

Nun sind wir aber nicht die einzigen, die in Brüssel ihre Finanzsorgen vorbringen, auch andere leiden und bean- spruchen Hilfe. Wer soll sie gewähren? Amerika, der große Gläubiger der Welt? — Die amerikanischen Finanziers stellen sich schwerhörig, der Kapitalmarkt in Amerika ist sehr angepannt. Nach einer Zusammenkunft vom Juli d. J. hat Amerika an ausländischen Anleihen und Krediten 49 647 Millionen Mark übernommen. Allein die Entente- länder Kanada, England, Frankreich, Italien und Japan haben von Amerika einen Anleihebetrag von 7 517,3 Milli- onen Mark, und einen besonderen Kredit von 38 401 Milli- onen Mark haben England, Frankreich und Italien erhalten. Die Anspannung des Kredits der drei zuletzt genannten Länder zeigt auch dort die großen Anleihe, die nach dem Krieg für die Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig sind. Natürlich ist damit zu rechnen, daß bei einer hilfreichen Leistung auch andere Länder beibringen und einer internationalen Anleihe zur Annahme verhelfen.

Für Deutschland muß durch eine Finanzhilfe die wirt- schaftliche Entwicklung die nötige Förderung erfahren. Wir haben für unseren Kohlenverbrauch gegenüber der Zeit vor dem Kriege nur eine Deckung von 51 Proz. Frankreich ist bereits auf 80 Proz. angelangt und kann diese Menge gar nicht verwerten, man geht bereits zu einer Ausfuhr über. Bei der uns verbleibenden Kohlenversorgung der deutschen Industrie können wir keinen Export betreiben, der uns wieder wirtschaftlich lebensfähig macht. Ebenso ist der Zu- stand in Oberschlesien un-erträglich, mit ihrer Drangsalie- zung treiben unsere Gegner uns in eine Stellung hinein, die jede Aussicht auf eine Gesundung zerschlägt. Es muß also nicht allein die Befestigung der Wälu, nicht allein die finanzielle Hilfe für das verdrachte Geschick, vielmehr muß der Schuldner wie der Gläubiger den Eindruck ge- winnen, die Unternehmungen sind einem Unternehmen ge- wöhner, das wieder aufkommen kann. Dieses Aufkommen ist gar nicht in Frage gestellt, wenn die übermäßige, un- tragbare finanzielle Belastung durch den Friedensvertrag aufhört und die fortgesetzte Bedrohung unseres Wirtschafts- lebens durch die nationalpolitische Einfall in Frankreich ein Ende erreicht.

Allerdings die französische Finanzlage ist nicht viel besser als die deutsche. Die französische Gesamtverschul- dung auf 233,7 Milliarden Frank gestiegen. Nimmt man die 34,3 Milliarden Auslandsschuld, die in dieser Gesamtverschul-

...enthalten sind, zu dem ungünstigen Fortschritt in ...

Auf dem Naturforschertag hat die kritische Betrachtung unserer Lebensmittelversorgung viel Beachtung gefunden.

Es gibt keine andere Lösung, es sei denn, daß wir bei unserer viel zu geringen Lebensmittelproduktion durch Auswanderung den Ausgleich finden und eine rüchläufige Entwicklung vom Industrie- zum Agrarstaat machen.

Produktionskontrolle und Betriebs-einstellungen.

Im Reichsarbeitsministerium haben in letzter Zeit Besprechungen zwischen Minister Dr. Brauns, den zuständigen Referenten und Vertretern der Metallarbeiter über die Frage einer Produktionskontrolle durch die Arbeiter und die Stellungnahme der Regierung zu der Stilllegung von Betrieben stattgefunden.

Nach dem Minister sprach dann ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der den Vertretern der Metallarbeiter mitteilte, daß über die Stilllegung von Betrieben in nächster Zeit Besprechungen heranzutreiben seien.

Die Bezirksarbeitsbewegung in der bayerischen Pfalz.

Die beim Reichsarbeitsminister statt die Tarifvereinbarung Pfälzischer Brauereien seit Dezember 1919 am den ...

Noch mehr als ihre Zentrale schwanken die einzelnen Brauereien zwischen Betriebsarbeitsvertrag und Bezirksarbeitsvertrag.

Viel Zeit und Arbeit ist diesem Zwecke geopfert worden. Obwohl die Tarifvereinbarung Pfälzischer Brauereien und den Abschluß eines Bezirksarbeitsvertrages schon im Dezember 1919 angetragen hat, hat sich bei den verschiedensten Verhandlungen gezeigt, daß die Mitglieder dieser Vereinigung anderen Sinnes sind.

Zur Charakteristik der Behandlung dieser Frage seitens der Tarifvereinbarung Pfälzischer Brauereien führen wir nachfolgend nur zwei Schreiben an, die wir von dieser erhalten haben.

Das Erste: Kaiserslautern, den 11. März 1920.

Herrn Wilh. Schmutz, Frankfurt a. M., Stolchstr. 13.

Auf Ihre geehrte Anfrage vom 9. d. M. teilen wir Ihnen mit, daß gestern die Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft in Neustadt tagte, und daß die Tarifverhandlungen nun jederzeit beginnen können.

Das Zweite: Kaiserslautern, den 21. August 1920.

In dem Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter a. D. Herrn Wilh. Schmutz, Frankfurt a. M., Stolchstr. 13-15.

In der gestrigen Mitgliederversammlung unserer Tarifvereinigung wurde der Beschluß gefaßt, mit Ihrem Verband einen Bezirksarbeitsvertrag zu schließen. Der Wortlaut des Tarifvertrages, der die Grundlage zu einer Verhandlung bilden soll, wird sich im großen und ganzen an den Kaiserslauterner Tarifvertrag anlehnen, soll aber von einer die über nächste Woche stattfindenden Ausschußsitzung festgelegt werden.

Das Dritte: Kaiserslautern, den 16. September 1920.

Herrn Wilh. Schmutz, Frankfurt a. M., Stolchstr. 13-15.

Am ein ganzes Bild über diese Frage zu erhalten, wie sie von der Tarifvereinigung Pfälzischer Brauereien behandelt wurde, muß ich nochmals besonders darauf hinweisen, daß uns schon unter dem 10. Dezember 1919 von ihr die Absicht mit uns einen Bezirksarbeitsvertrag abzuschließen, mitgeteilt wurde.

Endlich fand die erste Verhandlung unter Beteiligung der Brauereien am 16. September statt. Doch schon unserer ersten Ergänzungsvorschlag zum Text des Tarifvertrages brachte Enttäuschung. Der Vorsitzende der Tarifvereinigung Pfälzischer Brauereien, Direktor Deffner von der Bayerischen Brauereigenossenschaft Kaiserslautern, konnte seine Abneigung gegen die Vertreter der Arbeiter nicht unterdrücken, er machte zu unserem Vorschlag eine abfällige Bemerkung.

Nach dem bis jetzt gemachten Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft Pfälzischer Brauereien verzichten wir auf den Abschluß eines Bezirksarbeitsvertrages.

Die Aufsprache am 16. September mit den Vertretern der Tarifvereinigung Pfälzischer Brauereien hat deutlich ergeben, wie sich die Brauereien den Inhalt des Bezirksarbeitsvertrages denken. Der Kaiserslauterner Tarifvertrag befriedigt sie nicht, obwohl der Inhalt dieses Vertrages wesentlich günstiger der Brauereien ist, gegenüber dem Inhalt der jetzt im Bezirk geltenden Tarifverträge.

gelegte Mindestruhepause vom Arbeitschluß bis zum Wiederbeginn, die 10 Stunden beträgt, ist der Tarifvereinigung Pfälzischer Brauereien zu lang. Sogleich nach dem Brauereivertratte bei der Verhandlung am 16. September, er sei es a u f dem Standpunkt, daß, wenn ein Jahreshöhe morgens um 4 Uhr von einer Tour nach Hause kommt, um 6 Uhr morgens wieder fortfahren muß, wenn dies notwendig sei.

Nach der bisherigen Behandlungsart der Arbeiterforderungen und Beschwerden seitens der Tarifvereinigung der Pfälzischen Brauereien und verschiedener Mitglieder derselben, drängt sich uns die Ueberzeugung auf, daß man die bisherige lokale Vertretung der Arbeiterforderungen mißbraucht. Man glaubt wohl auf Seiten der Brauereien auf die wirtschaftliche Lage der Brauindustrie weniger Rücksicht nehmen zu brauchen, als die Arbeitnehmerorganisation.

Bayern.

Den Mälzearbeitern Bayerns dient es zum Kenntnis, daß sie ab 1. August eine Teuerungszulage von 15 M. pro Woche bis 15. September zu beanspruchen haben. Vom 15. September ab eine weitere Zulage von 15 M., so daß ab 15. September 30 M. Zulage erfolgen.

Bewegungen im Bereiche Mälzen.

† Berlin. Seit Sonnabend, 12. September, befinden sich die Mälzearbeiter im Streik. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums haben am Freitag, den 1. Oktober bei dem Demobilisierungskommissar Verhandlungen stattgefunden.

In einer an demselben Tage stattgefundenen Versammlung der streikenden Mälzearbeiter erstattete Kollege Tröger den Bericht. Die Mälzearbeiter versuchten auf den Kommissar dahin einzuwirken, dem Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, auf dessen Durchführung die Streikenden bestehen, keine Rücksicht zu nehmen.

Medner führte aus, daß es eine Verschärfung des Kampfes gedacht werden könne, müsse erst die Entscheidung des Demobilisierungskommissars abgewartet werden.

In einer einstimmig angenommenen Resolution werden mit Entschiedenheit die Ausführungen der Unternehmer vor dem Demobilisierungskommissar als unrichtig zurückgewiesen. Dabei wird betont, daß der Schiedsgericht in seiner schriftlichen Ausfertigung hervorhebt, daß die bisherigen Löhne derart niedrig waren, daß eine erhebliche Erhöhung angemessen erscheine.

Da die Unternehmer mit einer Angeren Dauer des Streiks rechnen, so fallen alle sich daraus ergebenden Ernährungsschwierigkeiten auf die Unternehmer. Der Verhandlungskommission sprechen die Streikenden ihr vollstes Vertrauen aus und fordern diese auf, alle sich aus dieser Situation ergebenden Maßnahmen zu ergreifen.

Die Klostermühle in Spandau hat den Schiedsgericht anerkannt und wünscht, daß ihre Leute aus dem Streik herausgelassen werden. Demgemäß wird beschlossen, so daß in der Klostermühle die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird.

Im Südbahnhof ist die Entlassung von 18 Speichearbeitern zu befürchten, wenn sie ihre Weigerung, für die Viktoriamühle bestimmtes Getreide abzuladen, fortsetzen. Für diesen Fall beschloß die Versammlung einstimmig, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis auch die 18 Speichearbeiter wieder eingestellt sind.

† Gießen. Mit allen möglichen Mitteln sucht das Unternehmertum in der Mälzindustrie sich vom Druck der freien Gewerkschaften zu befreien. Von dem in diesen Streiken noch herrschenden Herrenstandpunkt aus ist das sehr wohl zu verstehen, denn gerade von den freigewerkschaftlichen Organisationen werden sie an ihrer empfindlichsten Stelle, dem Geldbeutel, am meisten bedroht.

Greuzener Mühlenarbeiter bedeutsam erhöht worden wären. Es lag nur noch an den betreffenden Arbeitern, durch Schiedsgericht Herrn Roth zum Einhalten des Tarifs zu zwingen. Selbstverständlich ging das Herrn Roth wider den Strich; bisher hat er es immer verstanden, sich um die tariflichen Löhne herumzubrideln. Nach Lage der Sache wäre Herr Roth von dem Schlichtungsausschuss unbedingt zum Einhalten der tariflichen Löhne und zum Nachzahlen der rückständigen Ueberlohnensätze verurteilt worden. Herr Roth mußte sich aber zu helfen. Er kündigte einfach seinen sämtlichen Arbeitern, mit Ausnahme des Arbeiters Fritz Mayer, welcher der Organisation schon früher den Rücken gekehrt hatte. Der Erfolg war, daß die Arbeiter aus dem Verbaude ausstiegen, auf sämtliche noch rückständigen Ueberlohnensätze und auf die ihnen zusehenden tariflichen Löhne verzichteten. Man kann sich denken, wie diesem Arbeitgeber bei seinem sicher selbst nicht vermuteten Erfolge das Herz im Leibe lachte. Wir aber sind der Meinung, daß durch denselben Druck, mit dem die Arbeiter aus ihrer Organisation herausgezwungen wurden, sie auch den Weg zu ihr zurückfinden werden. Liebedienerei und Schmarozerei bringen wohl dem einzelnen, welcher sie am besten anwenden kann, Vorteile, aber nicht der Gesamtheit; während die Organisation für alle von großem Nutzen ist. Selbstverständlich gehört auch etwas mehr Rückgrat, Massenbewußtsein und Solidaritätsgefühl seitens der Arbeitnehmer dazu. Der Krieg hat auch der Mühle Roth viel eingebracht. Der beste Beweis dafür ist der Kauf der Mühle in Henschleben durch den Bruder des Herrn Roth, welcher früher Mitinhaber der hiesigen Mühle war. Ein Zeichen, daß dieser Betrieb wohl in der Lage wäre, die tariflichen Löhne zu zahlen. Der Mahlohn ist doch auch nicht niedriger als in den Betrieben bekommen, welche bedeutend höhere Arbeitslöhne zahlen müssen. Das Verhalten der Greuzener Mühlenarbeiter ist ein drastischer Beweis für die rote Rotlegen Stiebler. In Nr. 39 der „Verbands-Zeitung“ geschilderten Schwierigkeiten in der Thüringer Mühlenarbeiterbewegung.

Brennereien, Seifefabriken.

† Berlin. (Wendiger Streit in den Seifefabriken.) In einer am Dienstag, 28. September, stattgefundenen Versammlung erkrankte Kollege Schmitz Bericht über eine unverbindliche Aussprache, die durch die Vermittlung des Generaldirektors Schmelzer von der Reichsmonopolverwaltung mit den Vertretern der betroffenen Betriebe stattgefunden.

Vorbehaltlich der Zustimmung der Arbeitnehmer, die sich noch an demselben Tage entscheiden, wird folgendes vereinbart:

1. Es soll vom 1. August bis 30. September 1920 an die Arbeitnehmer von Seiten der Seifefabriken eine Nachzahlung von 40 Mk. pro Woche auf den bisher gezahlten Lohn erfolgen.

2. Vom 1. Oktober ab wird die Monopolverwaltung dieselben Löhne einschließlich dieses Zuschlages weiterbezahlen.

3. Der Demobilisierungskommissar wird entscheiden, ob mit Billigkeit vom 1. Oktober ab der vom Schlichtungsausschuss am 8. September 1920 gefällte Schiedsspruch gelten soll. Im Falle der Demobilisierungskommissar diesen Schiedsspruch genehmigt, wird die Monopolverwaltung vom 1. Oktober ab die in dem Schiedsspruch genannten Löhne zahlen. Im Falle der Demobilisierungskommissar den Schiedsspruch nicht als verbindlich erklärt, wird eine neue Verhandlung zwischen der Monopolverwaltung und der vertragschließenden Organisation stattfinden.

4. Im Falle der Annahme der Vereinbarung durch die Arbeitnehmerorganisation wird der in den Fabriken Kohlen- und Holz- und Süddeutsche Spirituwerke augenblicklich ausgebrochene Streit sofort beendet und die Arbeit am 22. September morgens wieder aufgenommen.

5. Die Firma Kahlbaum hat die formelle Entlassung der streikenden Arbeitnehmer ausgesprochen; diese Entlassung wird als nicht ausgesprochen erklärt und alle streikenden Arbeiter wieder eingestellt. Für die Streikzeit wird der halbe Lohn bezahlt.

Die Versammelten erklärten sich einstimmig mit vorstehenden Bedingungen unter der Voraussetzung einverstanden, daß von einer Wenigerentlohnung nach dem 1. Oktober unter keinen Umständen die Rede sein könne, als wie vom Schlichtungsausschuss entschieden.

Am 8. September findet dieserhalb Termin vor dem Demobilisierungskommissar statt. Ueber das Ergebnis wird in einer Versammlung berichtet werden.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Sonderbare Rechtsprechung. Im Arbeitsvertrag der Brauereiarbeiter in Bahr-Dinglingen ist folgender Passus enthalten: „Bei unterjährigem Arbeitsverhältnis findet bei rechtzeitiger Anzeige ein Lohnabzug bis zur Dauer eines Tages nicht statt.“ Ein Arbeiter der Brauerei Nestler, Dinglingen, hatte durch seinen schulpflichtigen Jungen ein derartiges Veräumnen, wie die Firma selbst zugibt, früh morgens nach 7 Uhr anzeigen lassen, trotzdem mußte das Gewerbegericht Bahr zur Entscheidung über die Lohnzahlung angerufen werden. Und jetzt das Urteil. Der Arbeiter hat sein Veräumnen nicht rechtzeitig angezeigt und wurde mit seiner Forderung abgewiesen. Ein derartiges Urteil ist nicht zu verstehen.

Betriebskonzentration und Kapitalerhöhung. Die außerordentliche Generalversammlung der Aktienbrauerei Reutstadt-Magdeburg beschloß die Uebernahme der Coudauer Brauerei und die damit im Zusammenhang stehende Erhöhung des Grundkapitals um 15 Millionen Mark auf 5,1 Millionen Mark. — Die Gaffel- mühle in Frankfurt am Main schlägt Erhöhung des Kapitals um 15 Millionen Mark auf 3 Millionen Mark vor. — Die drei Brauereien in Frankfurt am Main, Genninger, Kempff und Stern haben beschlossen, ihre Betriebe zusammenzulegen. Der Brauereibetrieb der sich zusammenschließenden Gesellschaften soll in der Brauerei Genninger vereinigt werden. Von den drei Brauereien haben die Genninger-Brauerei 3,1 Millionen Mark, die Brauerei Kempff 1,4 Millionen Mark und die

Brauerei Stern 2 825 000 Mk. Aktienkapital, so daß nach der Verschmelzung das Gesamtkapital 6 825 000 Mk. erreicht, also jenes des bisher größten Frankfurter Brauereibetriebes, der Hofbräuerei Schafferhof und Frankfurter Bürgerbrauerei (6 Millionen Mark), noch übersteigt.

Das Malzkontingent der Brauereien. Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Sonnabend, den 25. September, abends, die neue Verordnung über die Malzkontingente der Bierbrauereien an. Die Verordnung erhöht das bisherige Kontingent sämtlicher Brauereien gleichmäßig für Norddeutschland und Süddeutschland auf dreißig Prozent.

Zur Fusion in der Oelindustrie. Mit Rücksicht auf die demnächst freizuwendende Einfuhr von Oelsaaten und Oelen wird seitens der Verwaltungen der Bremen-Besigheimer Oelfabriken in Großgerau-Bremen und des Vereins der deutschen Oelfabriken in Mannheim eine engere Verbindung geplant. Die Bremen-Besigheimer Oelfabriken werden zu diesem Zwecke, wie bereits mitgeteilt, ihr Kapital um über 20 Millionen Mark erhöhen und den Aktionären der Oelfabrik Großgerau-Bremen sowie des Vereins deutscher Oelfabriken anbieten, ihre Aktien gegen solche der Bremen-Besigheimer Oelfabriken im Verhältnis von je zwei Bremen-Besigheimer Aktien gegen je drei Aktien des Vereins deutscher Oelfabriken oder der Oelfabrik Großgerau-Bremen einzutauschen. Durch die geplante engere Verbindung, wird gesagt, ist es möglich, die Beschaffung von Rohstoffen und die Ueberwindung des damit verbundenen außerordentlich großen Valutarisikos wesentlich zu erleichtern. Die Selbständigkeit der einzelnen Fabriken und namentlich ihre Verkaufsorganisation werden nicht geändert werden.

Verschmelzung von Malzfabriken. Die Aktienmalzfabrik Bantzenberg bei Halle wird demnächst von einem unter Führung der Berliner Malzhandlung Vochem u. Reichenbaum stehenden neuen großen Konzern übernommen, der sich nach andere Malzfabriken angliedern will, um das Vermälzungsgeschäft wieder nutzbringend zu gestalten. Auch die Aktien der Aktienmalzfabrik Löhau gehören fast restlos diesem großen Konzern, und die Verwaltung plant einen wirtschaftlichen Zusammenschluß mit anderen Malzfabriken. Zwischen der Aktienmalzfabrik Bantzenberg in Köthen und den Malzfabriken Eisenberg Egersleben schweben ebenfalls Verschmelzungsverhandlungen.

Der Reichswirtschaftsrat über die Spirituswirtschaft. Der Untersuchungsausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung hat zur Frage der Spirituswirtschaft eine Enquete gemacht, in der es u. a. heißt: Im Interesse der Sicherung der Ernährung ist an dem Grundsatze, daß der aus inländischen Rohstoffen hergestellte Branntwein von der Monopolverwaltung zu Erntszwecken nicht abgegeben werden darf, auch weiterhin unbedingt festzuhalten. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist durch schärfste Kontrolle zu sichern. Dagegen ist die Befriedigung des Bedarfs an Branntwein zu technischen und häuslichen Zwecken eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die zur Erreichung dieses Zweckes herzustellende Branntweinquantität ist zurzeit auf anderthalb Millionen Hektoliter zu berechnen. Eine Erzeugung darüber hinaus soll nicht zugelassen werden. Von dieser Erzeugungsmenge darf aus Kartoffeln nicht mehr als 40 Proz. des Brennrechts hergestellt werden. Für die Herstellung der übrigen Menge ist insbesondere Mais und Melasse zu verwenden. Aus Kartoffeln oder Mais in landwirtschaftlichen Brennereien erzeugter Branntwein wird in genügenden Mengen erst Anfang November zu erwarten sein. Um angefaßte der gleichen Branntweinbestände keine Störungen in der Spirituswirtschaft eintreten zu lassen, sind die hierfür erforderlichen verfügbaren Melassemengen den Brennereien sofort zuzuführen. Es wird zu prüfen sein, ob in der Geseidindustrie nicht besser Mais anstatt Melasse als Rohmaterial zu verwenden ist.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Was der Unternehmer durch seinen Organisationsbeitrag erspart, wird in der „Arbeitsgeber-Zeitung“ an einem Beispiel den noch nicht organisierten Unternehmern vor Augen geführt. „Wenn ein Arbeitgeberverband“ — so heißt es in dem betreffenden Artikel — „für seine Mitglieder bei Abschluß eines Tarifvertrages einen um 0,10 Mk. niedrigeren Stundenlohn durchdrückt, als der einzelne nichtorganisierte Arbeitgeber zahlen muß, so ergibt sich für den einzelnen angeschlossenen Betrieb je nach der Größe folgende Ersparnis:

- bei 10 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 2400 Mk.;
- bei 50 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 12 000 Mk.;
- bei 100 Arbeitern pro Jahr (300 Arbeitstage gerechnet) 24 000 Mk.

Das sind Zahlen, die man sich gewöhnlich nicht vor Augen führt, die aber der einzelne Arbeitgeber, der sich durch angeblich zu hohe Beitragsleistungen von dem Beitritt zu einem Arbeitgeberverbande abhalten läßt, überlegen muß.“

Und die Ruhanwendung für die Arbeiter?! Will der Unternehmer Lohnersparnisse machen, so ist dafür die Vorbedingung eine gute Organisation. Daselbe trifft aber auch umgekehrt auf die Arbeiter zu, wenn sie höhere Löhne zu erzielen trachten. Daraus ergibt sich beiderseits das Bestreben, die eigene Organisation zur besseren zu gestalten. Da nun der Arbeiter der wirtschaftlich schwächere Teil ist, muß er viel größere Anstrengungen machen, zu organisatorischer Ueberlegenheit zu gelangen. Erforderlich dazu ist größte Opferwilligkeit in der Beitragsleistung und Erfassung aller Berufsangehörigen durch die Organisation. Würden sich alle unsere Kollegen und Kolleginnen, ebenso wie es hier in der „Arbeitsgeber-Zeitung“ für die Unternehmer geschieht, die durch den Verband erzielten Lohnvorteile berechnen, dann dürfte von unseren Berufsangehörigen und Berufsangehörigen niemand außerhalb des Verbandes stehen. Die Unternehmerorganisation bezweckt den Lohn zu drücken. Die Gewerkschaften wirken mit großen Erfolgen auf die Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hin, sie bieten ihren Mitgliedern aber außerdem durch die Unterstützungseinrichtungen finanzielle Hilfe in der Not, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Für

den Arbeiter ist der Verband — so betrachtet — die beste Sparkasse. Der Verbandsbeitrag als Spareinlage trägt reichliche Zinsen. Das muß immer wieder allen denjenigen gesagt werden, die es wirklich oder nur scheinbar noch nicht wissen.

Ablehnung der Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband. Eine Urabstimmung des Verbandes der Kupferschmiede hat sich gegen die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband entschieden. Von 6890 Mitgliedern haben 5908 oder 85,7 Proz. an der Abstimmung teilgenommen. Für die Verschmelzung stimmten 1493, gegen die Verschmelzung 4398 Mitglieder; 47 Stimmen waren ungültig. Wie das Verbandsorgan „Der Kupferschmied“ dazu bemerkt, ist diese Entscheidung in der Hauptsache zurückzuführen auf die Liebe und Anhänglichkeit der Mitglieder zur eigenen selbständigen, in 34 Jahren stürmerprobten Organisation, die es nicht über sich brachte, ihr nunmehr Valet zu sagen um einer ungewisseren Zukunft willen in neueren Organisationsformen.

Aus der Unternehmerorganisation.

Die Hoffnung auf die Krise. In der „Arbeitsgeber-Zeitung“ Nr. 31 lesen wir in einem Artikel, der zur Förderung der Organisation aufruft:

Die in regelmäßigen Abständen sich wiederholenden Mehrforderungen der Arbeiter und Angestellten wurden von den Arbeitgebern bisher stets genehmigt und anerkannt, oft von einzelnen Unternehmern in leichfertiger Weise, weil die Konjunktur gut war und die Exportgeschäfte mit ihren Valutagewinnen die hohen Löhne ermöglichten. Jetzt gesundet unsere Valuta, der Export hört auf, die Kaufkraft im Inland ist erschöpft, und die gesamte deutsche Industrie steht vor einer verhängnisvollen Krise. Der größte Teil der Arbeitgeber wird gezwungen sein, seinen Betrieb wegen Mangels an Aufträgen zu schließen, wenn es nicht gelingt, weitere Lohnforderungen der Arbeiter abzuwenden und evtl. die Löhne entsprechend den Weltmarktpreisen wieder zu senken. So unerwünscht die Krisis besonders auch dem Handel jetzt kommt und so hart sie viele Unternehmer auch schädigt, so bringt sie der Allgemeinheit auch wieder einige Vorteile, die für die Zukunft nicht unbedeutend, ja vielleicht sogar ausschlaggebend sein werden. Man hofft, daß die „Schraube ohne Ende“, die bis vor kurzem alle Preise und Löhne in ihrer fernen Beschleunigung in beständiger atemberaubender Schnelligkeit in die Höhe trieb, nun endlich zum Stillstand gekommen ist. . . .

„Man hofft“ — nicht die Preise, sondern die Löhne zum Stillstand zu bringen und „entsprechend den Weltmarktpreisen wieder zu senken“, die oft von einzelnen Unternehmern „leichtfertiger Weise“ genehmigt wurden! Der Vorteil, den die Krise bringen soll. Denn zwecks Senkung der Preise wird wirklich nicht zur Organisation aufgerufen, obwohl gleichzeitig darauf hingewiesen wird, daß „die Kaufkraft im Inland erschöpft“ ist.

Also feste und geschlossene Organisationen, immer noch vor allem in der Krisenzeit, bewahrt die Arbeiter vor unliebsamen Ueberraschungen.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Getreide statt Mehl. Der Rentierverband der Bäderinnungen „Germania“ hatte bei der zuständigen Regierungspelle beantragt, auf Grund eines Kreditabkommens mit dem New Yorker Staatsverband der nordamerikanischen Bädermeister die regelmäßige Einfuhr, die Verarbeitung und den Verkauf größerer Mengen amerikanischen Weizens nicht zu gestatten. Der Reichsernährungsminister hat verständlicherweise die Eingabe abschlägig beschieden. Auch der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat sich auf dem Standpunkt gestellt: Getreide statt Mehl. Ueber diese Frage, die nicht nur eine Frage des Preises ist, sondern auch besonders volkswirtschaftliche Bedeutung hat, wird dem „Wirtschafts- geschreiber“:

„Der deutsche Weizen kostet heute rund 165 Mk. pro 100 Kilogramm, amerikanischer Weizen dagegen 600 Mk. pro 100 Kilogramm, und dementsprechend gehalten sich auch der Mehlpreis.“ Daß dieser gewaltige Preisunterschied besteht, daß kein Land so billiges Getreide hat wie wir, ist zweifellos eine direkte Folge unserer soviel geschmähten und gemiß auch hier und da fehlerhaften Getreideanbaubewirtschaftung, soweit es sich um Getreide handelt.

Aber wie würden sich bei einer freien Einfuhr ausländischen Mehls die Verhältnisse und die Preise gestalten? Es würden natürlich zunächst alle Bäcker, alle Konditoren, auch alle Detailisten dieses freie amerikanische Mehl haben wollen, weil das „darbende Volk“ sich mit Geißlungen auf die Erzeugnisse aus diesen amerikanischen Mühlen freuen und immer dringender nach ihnen verlangen wird. Da uns aber nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, wird der Bäcker, der Konditor und schließlich auch der Handel dazu übergehen, das Mehl zur Weige gehende, aber der Kontrolle entzogene „amerikanische Mehl“ schamhaft durch deutsche Erzeugnisse zu ersetzen, für die man dann auch gerne die „amerikanischen“ Preise bezahlen wird. Die weitere Folge wird dann nach allen bisherigen Erfahrungen die sein, daß der Schleichhandel in deutschem Getreide nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel bilbet und der Inlandpreis sich von 160 Mk. für 100 Kilogramm allmählich dem Weltmarktpreise von 600 Mk. angleichen wird!

Unsere Mühlen sind nur schwach beschäftigt, und sie können und möchten gern das Mehl, und zwar auch in besseren Fabriken, leisten, wenn unsere ganze Wirtschaft eine größere Bekieferung der Mühlen mit Getreide und eine bessere Ausnutzung gestattete. Eine härtere Beschäftigung unserer Mühlen hätte noch den bedeutenden Vorteil, daß unsere Landwirtschaft besser mit Abfallerzeugnissen, wie Meie, Futtermehl usw. versorgt und damit unsere Fleisch- und Milcherzeugung auf bessere Grundlagen gestellt werden könnte. Wenn also die dringend erwünschte und notwendige Vergrößerung unserer Produktion und die Herstellung besserer Mehlfabrikate unserer finanziellen Möglichkeiten entspricht, so liegt doch wohl nichts näher, als entsprechend größere Getreidemengen vom Auslande zu beziehen und sie unseren deutschen Mühlen zur Verarbeitung zu überweisen, die mindestens so gute und jedenfalls billigere Mehlerezeugnisse daraus herzustellen vermögen wie irgendeine Mühlenindustrie der Welt.“

Also: Getreide statt Mehl!

Abrechnung über das 2. Quartal 1920 des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Sub-sections include 'Einnahme', 'Sonstige Einnahmen', 'Ausgabe', 'Unterstützungen', 'Agitation und Lohnbewegung', 'Verbands-Zeitung', 'Verwaltungskosten', 'Sonstige Ausgaben', 'Bilanz'.

Je glücker Art die für die Zeit des Unterstüßungsbezuges fälligen Beiträge von der Unterstüßung in Zahlung zu bringen und die entsprechenden Beitragsmarken zu verabfolgen.

Genehmigte Lokalbeiträge: Mannheim-Dudwigsbafen 40 Pf. ab 40. Woche. Der Verbandsvorstand.

„Betriebsräte-Zeitung“. Nur diejenigen Bezüher der „Betriebsräte-Zeitung“, wo Änderungen in der Zahl eingetreten sind, sollen Mitteilung machen. Wo die Zahl der zu beziehenden Exemplare die gleiche bleibt, ist Mitteilung nicht notwendig. Die Hauptverwaltung.

Bei Aufstellung der Abrechnung bitte ich darauf zu achten, daß das Abonnement für die „Mittezeitung“ nicht mit in Einnahme gestellt wird. Diese Abonnementsbeiträge können mit dem Ueberdruck der Abrechnung gesandt werden und ist dann auf dem Abschnitt der Zahlkarte (Rückseite) zu bemerken.

Der Hauptkassierer: Aug. Hayle. Straßporto. Landsherg a. d. B. 40 Pf., Langensalza 40 Pf., Kaiserlautern 40 Pf., Pechow 40 Pf., Karlsruhe 1 Mk., Danzig 80 Pf., Erfurt 40 Pf., Norden 40 Pf., Freiburg i. Schlei. 40 Pf., Reichenhall 80 Pf., Calbe 40 Pf., Rottal-münster 60 Pf., Neustadt a. Orla 60 Pf., Landsherg a. d. B. 40 Pf., Gölz 40 Pf., Mainz 90 Pf., Straubing 40 Pf., Aichaffenburg 40 Pf., Rottbus 40 Pf., zusammen 9,90 Mk. in der Woche vom 27. September bis 2. Oktober. Außerdem sind in dieser Woche acht Zahlkarten unfrankiert ankommen, für die Straßporto bezahlt werden mußte. Zahlkarten sind zu frankieren. Die Hauptverwaltung.

Eingänge der Hauptkasse vom 27. September bis 2. Oktober. Breitfurt-Saarbrüden 899,50, Neustettin 3, Duisburg 48, Perl 28, Eberlin 6, Rügenwalde 28,40, Wühlhausen 70, Prieg i. Schl. 600, Reize 600, Eberfeld 18, Charlottenburg 21, Landsherg a. d. B. 18,40, Calbe a. S. 189,31, Rottbus 1000, Waren i. Meckl. 98,05, Felten 55, Flatow 96,35, Landsherg a. d. B. 745,80, Tempin 150, Freiburg i. S. 42, Regensburg 1493,65, Burzen i. Sa. 1494,97, Nica a. E. 1500, Bamberg 1000, Rothensow 1354,65, Schwewe 107,90, Budow 82,50, Bremerhaven 6,80, Berlin 6, Hensburg 56,80, Remel 177,10 Mk.

Materialverband. (A. = Mitgliedsarten B. = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Ritters [a 50 usw.] anzuweisen): Cuckenburg: 200 a 100. Grünberg: 80 A., 3000 a 200. Prieg: 2000 a 200. Ribitz: 1500 a 200. Sondershausen: 200 a 200. Gleinitz: 800 a 200, 300 a 100. Norden: 400 a 200. Saffel: 3000 a 200. Wandenburg: 7000 a 200, 100 a 100, 100 a 10. Gölz: 5000 a 200, 300 a 150. Gölzbus: 1000 a 200, 200 a 150. Calbe: 400 a 200. Labes: 30 A., 1000 a 200. Demmin: 200 a 200, 200 a 100. Zu h. Jüterböck: 500 a 200, 400 a 100. Neustadt a. O.: 1000 a 200, 100 a 150. Rottbus: 1500 a 200. Prieg: 20 A., 1200 a 200, 200 a 150, 100 a 60. Delitzsch: 1000 a 200. Padow: 200 a 200. Darmstadt: 30 A. Leobsdorf: 1000 a 150. Spretau: 800 a 200. Prignitz: 20 A., 2000 a 200.

Veranstaltungsanfragen. Sonnabend, den 9. Oktober. Delfan. 8 Uhr: „Tivoli“. Gilsberg: 7 1/2 Uhr: „Zum weißen Rok“. Erlangen: 7 1/2 Uhr: „Goldener Heut“. Glodenstr. 8. Jülich: 7 Uhr: bei Köpflin. Göttingen. 8 Uhr: Kaviarhalle. Kaiserlautern. 2 Uhr: bei Gies, Heerstr. 11. Piegau. 7 1/2 Uhr: Gewerkschaftshaus, Zimmer 1. Pommernberg i. Schl. 8 Uhr: Würgel, Laubauer Straße. Ribitz. 7 Uhr: Gewerkschaftshaus. Rindow. 6 Uhr bei Pape, Römischestraße. Ribitzhagen i. Th. 8 Uhr: Burgkeller. Rottbus. 7 Uhr: „Cambrianus“. Seyberg. Hotel International, Ralberg 29. Wittenberge. Lokal Rabe, Wilhelmstr. 4.

Sonntag, den 10. Oktober. Wilmersleben. 3 Uhr: „Goldener Adler“, hinter dem Zoll. Pommernberg. Form 10 Uhr: Käth Schillerplatz. Pommernberg. 3 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Prieg. Fei. Arbeit. Erpiner Straße. Riefisch. Form. 10 1/2 Uhr: „Kollhaus“, Breite Straße 25. Ribitz. 3 Uhr: „Ruben-Terrasse“. Serrahn. 8 Uhr: „Stadtwerk“. Gölzberg. 3 Uhr: „Deutsches Haus“. Greiz. 3 Uhr: Rabels Lokal, Greizer Straße. Groß-Geert. 2 Uhr: Beim Gastwirt Reinecke. Germaringen. 1 Uhr: Versammlungslokal. Landsberg. 3 Uhr: Lokal Jirfelz. Mühlberg i. B. Lokal Unkel, Freitagsstraße. Neustadt a. O. 4 Uhr: bei Herzog. Saarbrüden. 2 1/2 Uhr: Gewerkschaftshaus. Zitz i. P. 3 Uhr: bei Köpflin, Range Str. 14. Trautwein. Form 10 Uhr. Victoria-Bruch. 4 Uhr: bei Siebers, Gr. Sand. Wilsdorf. 9 1/2 Uhr vorm.: bei Fenne in Eglau. Witten. 3 Uhr bei Köpflin, Heldenstraße. Witten. 3 Uhr: im „Lorenz“.

Montag, den 11. Oktober. Neubrandenburg. 7 Uhr: „Gesellschaftshaus“. Mittwoch, den 13. Oktober. Augsburg. 7 Uhr: „Wittelsbacher Hof“. Arnheim. 8 Uhr: Lindemann, „Reichshalle“. Donnerstag, den 14. Oktober. Riefisch. 5 1/2 Uhr: „Erlengrube“, Marktstr. 8. Serrahn. 7 1/2 Uhr: „Reichshaus“.

Dankagung.

Für die mir anlässlich des Heimganges meines ungeliebten Gatten, unseres lieben, treu sorgenden Vaters, des Brauführers

Max Kamenarz erzielene Teilnahme sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank. Clara Kamenarz, geb. Weber Clara, Charlotte, Hans, als Kinder.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Table with columns for 'Aktiva' and 'Passiva'. Sub-sections include 'Aktiva', 'Passiva', 'Gewinn- und Verlust-Konto', 'Rechts-Gewinn aus 1919/20'.

Sparkasse der Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Table with columns for 'Bestand am 1. September 1919', 'Einzahlungen im laufenden Geschäftsjahr', 'Auszahlungen im laufenden Geschäftsjahr', 'Bestand am 1. September 1920'.

Mein „Ideal-Schuh“ ist der beste für Brauer

Mit 2 Schnallen, glattes Leder à 45 Mk., mit Leder beschlägt und Kägeln à 28 Mk., Bastsohlen 1 Mk., Moossohlen 1,80 Mk. Alte Brauerschuhe, Militärschuhe und -stiefel, wenn noch gut erhalten, werden mit neuen Holzsohlen versehen. Heinrich Schäfer, Holzschuhfabrik Gnanu a. M., Schirnstr. 5.

Unsern Kollegen Adolf Herbel und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. Die Delegierten Verbandskollegen.

Unsern Kollegen Josef Krummer und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen der Klosterbrauerei Reitenhadiach.

Unsern Kollegen G. Küting zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Aktienbrauerei, Effen.

Brauerschuhe. Friedenstware a. prima Kindleder, Doppelsohlen, 55 Mk. p. Paar. Nichtbrennendes wird nachgenommen. Josef Kauf, Holzschuhfabrik Gurtz i. Wald.

Meinel & Herold. Harmonikfabrik. Musikinstrumente - Versand. Klingenthal (Sachs.) Nr. 208. Preis, d. Vers. dir. a. Fabr.

Verbandsnachrichten.

Redaktionsrat, Redaktion und Expedienten der „Verbands-Zeitung“, Postfach 22, Schillerstraße 67, Jena. Postfach: Postfach 275.

Ziele Woche ist der 41. Redaktionsbeitrag fällig. Mitteilungen der Hauptverwaltung. Beitragszahlung während des Bezugs von Unterstützung. Die Unterstützungsbeträge werden dringend ersucht, den 8. Jänner 1 des Verbandsjahres zu bezahlen. Es sind in jedem Falle bei Anweisung von Unterstützungen